

Taking Action - Perspektiven für mögliche Interventionen im südsudanesischen Bürgerkrieg

Hintergrund:

Am 26. August organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung Uganda und Südsudan gemeinsam mit dem University Forum for Governance (UNIFOG) eine ganztägige Fachtagung über Möglichkeiten der Friedensschaffung und des inklusiven state-buildings im Südsudan. Bei einer Reflektion über praktische Lösungsansätze und mögliche Aktionen, die die Situation in Ugandas nördlichen Nachbarland verbessern könnten, kristallisierte sich die eine Schlüsselfrage heraus, die die Debatte dominierte: Die Frage nach der Intervention von außen.

Während eine Gruppe von Teilnehmern annahm, dass eine Intervention nur weitere Herausforderungen an das Land stellen würde und dass man die verfeindeten Parteien kämpfen lassen solle, bis eine schlussendlich aufgabe, erklärte die Mehrheit der Beteiligten, dass die Verluste an Menschenleben einfach zu hoch seien, als dass man diesen Ansatz verfolgen könne. Stattdessen solle man eine Intervention im Südsudan in Erwägung ziehen. Auch in der Frage nach dem Ursprung der Intervention gingen die Meinungen der Teilnehmer stark auseinander.

Daraus ergibt sich die folgende Frage: Sollte es eine Intervention im Südsudan geben, um Menschenleben zu retten und der Krise zu begegnen? Und wenn ja, welcher Art

sollte diese Intervention sein und welche Akteure sollten involviert werden?

Mit diesem Thema behandelten die Teilnehmer des ersten Südsudan-Symposiums eine Fragestellung, die in der Politikwissenschaft und den internationalen Beziehungen bereits intensiv diskutiert wurde. Ausländische Interventionen, weithin bezeichnet als die Nutzung der Ermessensbefugnis eines Nationalstaates oder einer anderen geopolitischen Institution, um wahrgenommene Probleme in ausländischen Gesellschaften anzusprechen, "zielen auf die Konstruktion einer Sachlage in diesen Gesellschaften ab, die vom Standpunkt der Intervenierenden her vorzuziehen ist"¹. Die Konzeptualisierung von Interventionen in dieser Analyse ist breit und enthält sowohl zwingende/militärische als auch nicht-militärisch/einvernehmliche Formen von Intervention.

Gegensätzliche Perspektiven auf Intervention

Internationale Interventionen in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staats haben viele Gesichter – militärisch, wirtschaftlich und politisch, um nur einige zu nennen. Im akademischen Diskurs wird dieses Konstrukt sehr kritisch betrachtet. Nach der Schule des *realist belief* und der Unantast-

¹ Coyne, C.J. (n.d.). The Law and Economics of Foreign Intervention and Rule Reform. George Mason University.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

barkeit der Nationalstaaten haben die Staaten absolute Souveränität, wenn es um den Umgang mit ihren inneren Angelegenheiten geht. Die Schaffung von Ausnahmen, so heißt es, würde nicht nur Interventionen humanitären Charakters ermöglichen, sondern auch Schlupflöcher für verschiedene Akteure zur Rechtfertigung ihrer Eigeninteressen schaffen. Für manche Experten verletzt jede Form von ausländischen Interventionen grundsätzlich das Selbstbestimmungsprinzip, das auch im internationalen Recht fest verankert ist. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1970 über die *Declaration on Principles of International Law Concerning Friendly Relations* besagt, dass kein Staat oder eine Gruppe von Staaten das Recht hat, direkt oder indirekt in die internen oder externen Angelegenheiten eines anderen Staates einzugreifen. Daraus ergibt sich, dass bewaffnete Interventionen und alle Formen der Einmischung oder Bedrohung der Souveränität eines Staates oder seine politische, wirtschaftliche und kulturellen Elemente einer Verletzung internationaler Gesetzgebung gleich komme.² Verschiedene Experten der internationalen Beziehungen betonen, dass, egal wie gut die Intentionen auch sein mögen, Interventionen immer inkonsistent und widersprüchlich seien, ihnen der Makel des Imperialismus anhänge und beinahe ohne Ausnahme fehlschlügen.

Dieser Schule des *realist belief* widersprechend, argumentiert ein liberalerer Ansatz. Demnach könnten Interventionen gerechtfertigt sein, um unschuldiges Leben zu beschützen. Viele argumentieren, es sei eine

moralische Verantwortung der internationalen Gesellschaft, im Falle eines Staatenzerfalls einzugreifen und die Bevölkerung vor Menschenrechtsverletzungen durch Kriegsverbrechen oder ethnische Säuberungen zu schützen. In extrem festgefahrenen und eskalierten Konflikten können die Konfliktparteien die Kontrolle verlieren und ihre Destruktivität kaum limitieren. Aus diesem Grund werden Interventionen seitens der internationalen Gemeinschaft grundsätzlich und unter bestimmten Umständen toleriert. Einigen Politikwissenschaftlern zufolge ist die Souveränität eines Staates davon abhängig, ob er der Verpflichtung nachkommen kann, seine Bürger zu schützen. 2005 wurde diese Doktrin offiziell als *responsibility to protect* in internationales Recht eingeführt. Ob nun vorangegangene Interventionen den Makel des Imperialismus trugen, oder gar Fehlschläge waren, rechtfertigt nach Ansicht einiger nicht, die Augen vor dem Morden in fremden Ländern – wie etwa dem Südsudan – zu verschließen. Das Beispiel des Genozids in Ruanda zeigt, dass der Versuch sich aus den Konflikten herauszuhalten und nicht zu intervenieren, ebenfalls als Fehler der Internationalen Gemeinschaft gelten kann.

Es scheint also, dass es keine vorrangige Norm für Interventionen und Nicht-Interventionen in der internationalen Gesetzgebung gibt. Daher zielt dieser Bericht darauf ab, zu identifizieren, welche Argumentationslinie auf den gegenwärtigen Fall des Südsudan und seinen neu ausgebrochenen Bürgerkrieg angewendet werden sollte, der weiterhin tausende von Leben kostet.

Um zu einer Lösung zu gelangen, ist es unerlässlich, das Konzept der Fremdintervention in verschiedene Möglichkeiten der Intervention auf den konkreten Krisenfall herunter zu brechen und die verschiedenen invol-

² General Assembly Resolution 107/65, Declaration on the Inadmissibility of Intervention in the Domestic Affairs of States and the Protection of Their Independence and Sovereignty, A/RES/20/2131 (21 December 1965), available from <http://www.un-documents.net/a20r2131.htm>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

vierten Akteure näher zu beleuchten. Möglich ist, dass bestimmte Formen der Intervention besser als andere für den Fall Südsudan geeignet sein könnten und einige Akteure eher für eine Zusammenarbeit zu empfehlen sein könnten als andere. Nach einem Überblick über die aktuelle Situation im Südsudan wird diese Analyse daher die verschiedenen Möglichkeiten von Interventionen getrennt von militärisch bis ökonomisch umreißen. Anschließend werden die verschiedenen Akteure mit ihren Initiativen dargestellt, die sich für die besondere Situation des Südsudans eignen könnten. Unter Bezugnahme auf historische Beispiele anderer Fälle und Länder wird dieser Bericht dann auf die Frage der ausländischen Intervention im Südsudan rückschließen.

Die Analyse soll als Meinungsbeitrag dienen, indem sie akademische Diskussionen, politische Entscheidungsträger sowie zivilgesellschaftliche Organisationen auf ihrer Suche nach einer Lösung für die aktuelle Krise im Südsudan zu leiten versucht.

Aufgrund des Formats dieses Berichts ist es nicht möglich, die gesamte Literatur abzudecken, die zu diesem Themenkomplex publiziert worden ist. Das Essay versucht alle relevanten akademischen Perspektiven zu berücksichtigen, dennoch konnten viele Quellen nicht einbezogen werden.

Der Konflikt im Überblick

Noch immer ringt der Südsudan, seit 2011 ein unabhängiger Staat, um Frieden. Verschiedenste Verhandlungen konnten die Gewalt nicht beenden. Von unzähligen Menschenrechtsverletzungen geplagt, mit mehr als 50.000 Toten und über 1.3 Millionen Menschen auf der Flucht, stürzt die jüngste Nation der Welt in einen weiteren verheerenden Bürgerkrieg, trotz der Unterzeich-

nung des Friedensvertrags in Juba im August 2015.³

Die Ursprünge des Konflikts lassen sich auf die Unabhängigkeit des Landes im Jahr 2011 zurückführen, als sich Splittergruppen der *South Sudan Democratic Movement*, wie die Cobra-Fraktion, gegen die Regierung auflehnten. Nicht einmal eine vereinbarte Waffenruhe mit der Regierung konnte das Land stabilisieren, was ein nachhaltiges *nation building* unmöglich machte. Stattdessen kämpft das Land noch immer darum, die verschiedenen Rebellengruppen auf seinem Territorium unter Kontrolle zu bringen. Wegen der Gerüchte über einen möglichen Putsch in Juba ersetzte Präsident Salva Kiir 2012 verschiedene leitende Angestellte der Regierung, des Militärs sowie seiner eigenen Partei, um seine Machtposition zu festigen.⁴

Nach den Machtkämpfen und Konflikten innerhalb der führenden Partei *Sudan Peoples' Liberation Movement (SPLM)* im Jahr 2013 stürzte der Südsudan in einen weiteren katastrophalen Bürgerkrieg, der schnell die gesamte Nation erfasste.

Als Vizepräsident Riek Machar und andere Oppositionsführer eine Sitzung des Nationalen Befreiungsrates boykottierten, brachen bei einer Sitzung der SPLM - Kämpfe zwischen den Präsidentenwachen und denen des ehemaligen Vizepräsidenten aus. Nachdem Präsident Salva Kiir Riek Machar beschuldigte, die treibende Kraft hinter einem versuchten Militärputsch zu sein, brach in Juba ein gewaltsamer Konflikt zwischen den

³ European Commission. (2016). South Sudan Crisis. European Commission. Retrieved from http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/south-sudan_en.pdf

⁴ Johnson, D. H. (2014). Briefing: The crisis in South Sudan. *African Affairs*, 113(451), 300-309.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

Regierungskräften und denjenigen Truppen aus, die dem ehemaligen Vizepräsidenten treu blieben.⁵

Einige Tage später wurden verschiedene Städte im Staat Jonglei von Rebellen Soldaten annektiert. Der Konflikt entwickelte sich zu einem Zusammenstoß zwischen den beiden größten Ethnien des Südsudan: die Nuer und die Dinka. Machar, ein Nuer, der dem Präsidenten vorwarf, einen Genozid an den Nuer vorzubereiten, leitete eine Rebellion – angeführt durch die Sudan *Peoples Liberation Movement in Opposition (SPLM-IO)* – ein, um Kiir, einen Dinka, zu stürzen. Dieser antwortete mit Racheaktionen und Ermordungen von Angehörigen der Nuer.⁶

In den folgenden Monaten eskalierte der Konflikt innerhalb der gesamten Nation und beide Parteien wurden beschuldigt, verschiedene Kriegsverbrechen und Menschenrechtsverletzungen wie Vergewaltigungen und Plünderungen begangen zu haben.

In der Folge wurde beinahe die gesamte Wirtschaft des Landes zerstört. Millionen von Menschen wurden in die Flucht gezwungen.

Nachdem einige Waffenruhen im Jahr 2014 gebrochen wurden und der Südsudan eine der schlimmsten humanitären Krisen der Welt durchlitt, unterschrieben Riek Machar und Salva Kiir unter Androhung von UN-Sanktionen im August 2015 schließlich eine international vermittelte Friedensvereinbarung, das *Agreement on the Resolution of the Conflict in South Sudan (ACRISS)*. Trotz

des Friedensabkommens, das Riek Machar wieder zum Vizepräsidenten machte, ging die Gewalt im Land weiter und führte zu einem umfangreichen Infrastrukturverlust im ganzen Land. Mangelerkennung sowie unzureichender Zugang zu sauberem Wasser oder Gesundheitsversorgung führten zu einer signifikanten Erhöhung der Sterblichkeitsraten und verstärkten Flüchtlingsströme in die Nachbarländer.⁷

Dennoch hat die Regierung der Nationalen Einheit (GoNU), ein Ergebnis von ACRISS, die Kernthemen des Abkommens nicht umgesetzt und die Situation weiter verschlechtert. Da weder Kiir noch Machar die Kontrolle über ihre eigenen Kräfte zu haben scheinen, brachen im Juli 2016 in der Hauptstadt des Landes erneut schwere Kämpfe aus, die sich wieder einmal über das Land ausbreiteten. Zum Zeitpunkt des Schreibens konnte der offiziell deklarierte Waffenstillstand die Tötungen und Vergewaltigungen nicht stoppen, unter denen die Zivilbevölkerung leidet.⁸

Interventionsoptionen der Internationalen Gemeinschaft

Die Folgen von Bürgerkriegen sind nicht auf die nationalen Grenzen des Landes eingeschränkt, in dem sie sich entfalten. Daher besteht ein wachsender Bedarf an umfassenderen Kenntnissen über die Bedingungen, unter denen externe Akteure effektiv zur Bewältigung von internen Konflikten und Bürgerkriegen beitragen können. Welche

⁵ BBC News (August 2016). South Sudan Profile – Timeline. Retrieved November 17, from <http://www.bbc.com/news/world-africa-14019208>

⁶ Johnson, D. H. (2014). Briefing: The crisis in South Sudan. *African Affairs*, 113(451), 300-309.

⁷ BBC News (August 2016). South Sudan Profile – Timeline. Retrieved November 17, from <http://www.bbc.com/news/world-africa-14019208>

⁸ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Jan. 2016). 2016 South Sudan Humanitarian Needs Overview. Retrieved November 17, 2016 from <http://reliefweb.int/report/south-sudan/2016-south-sudan-humanitarian-needs-overview>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

Arten von Interventionen stehen der internationalen Gemeinschaft im Südsudan zur Verfügung?

Interventionismus ist definiert als eine nicht defensive, proaktive Politik, die von einem Nationalstaat oder einer anderen geopolitischen Institution durchgeführt wird, um eine Wirtschaft, Gesellschaft oder ein politisches System zu manipulieren. Zumeist werden ausländische Interventionen als Eingriff in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates als Teil einer Außenpolitik verstanden. Trotz dieser Definition sind die Methoden und Arten von externen Interventionen weniger eindeutig kategorisiert. Es gibt verschiedene Methoden der externen Intervention, die von Akteuren staatlicher, militärischer, internationaler, privatwirtschaftlicher, religiöser oder öffentlicher Hintergründe ausgehen können und deren jeweilige Ziele, Interessen und Hintergründe widerspiegeln.

Es gibt mehrere verschiedene Kategorisierungen von ausländischen Interventionen, beispielsweise in Abhängigkeit von der Zustimmung des Aufnahmestaats, der Anzahl der beteiligten Akteure (uni- und multilaterale Interventionen) oder bezüglich des Zwecks einer Intervention. Darüber hinaus sind ausländische Interventionen häufig auf einem Kontinuum mit *soft power* an einem Ende und *hard power* auf der anderen vorgesehen. In dieser Arbeit werden ausländische Interventionen nach eingesetzten Maßnahmen kategorisiert.

Militärische Interventionen

Die geläufigste Vorstellung einer Fremdintervention basiert auf militärischem Eingreifen. Obwohl eine solche Intervention theoretisch mit dem Einverständnis des Aufnahmestaates einhergehen kann, wie etwa im Falle der russischen Intervention im syri-

schen Bürgerkrieg, wird eine militärische Intervention meist mit Einschüchterung assoziiert: der Staatsmacht wird keine andere Wahl gelassen. Auf diese Weise durchkreuzen militärische Interventionen juristische Grenzen, um bestimmte politische Absichten durchzusetzen. Obwohl militärische Interventionen das Konzept von Staatlichkeit respektieren, streben sie dennoch Veränderungen in Regierung oder dem politischen Kurs an. Seit dem Ende des Kalten Krieges haben militärische Interventionen für humanitäre Zwecke dramatisch zugenommen⁹.

Die Legitimität der ausländischen militärischen Interventionen wird besonders in rechtlicher Hinsicht kontrovers diskutiert.

Militärische Interventionen können durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen durch eine Resolution nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen legalisiert werden. Diese ermöglicht es dem Sicherheitsrat, Maßnahmen zu ergreifen, wenn eine Bedrohung bzw. Verletzung des Friedens, oder Aggression vorliegt¹⁰. In einigen Fällen haben Staaten oder Staatengruppen jedoch ohne Autorisierung des UN-Sicherheitsrates mit Gewalt interveniert und dabei verschiedene Herangehensweisen an die Legitimität ihrer militärischen Interventionen in Abwesenheit einer offiziellen Autorisierung zum Ausdruck gebracht, insbeson-

⁹ UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (Jan. 2016). 2016 South Sudan Humanitarian Needs Overview. Retrieved November 17, 2016 from <http://reliefweb.int/report/south-sudan/2016-south-sudan-humanitarian-needs-overview>

¹⁰ Charter of the United Nations, 24 October 1945, 1 UNTS XVI, retrieved November 10, 2016 from: <http://www.unwebsite.com/charter>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

dere die „Responsibility to Protect“-Doktrin¹¹.

Eine Art militärischer Interventionen sind die sogenannten *peace-enforcement* Missionen der Vereinten Nationen, nicht zu verwechseln mit *peace-keeping* Missionen (siehe unten). Letztere können – müssen, aber keineswegs – durch die Erlaubnis des *host-states* legitimiert sein. Bei *peace-enforcement* Missionen nutzt die UN ziviles und militärisches Personal, ausgestattet mit einem Mandat zur Gewaltausübung, das über einfache Selbstverteidigung hinausgeht¹². Eine weithin als erfolgreich wahrgenommene militärische Intervention war die britische „Operation Palliser“ in Sierra Leone in 2000. Das Ziel dieser Intervention galt einer *Non Combatant Evacuation Operation (NEO)*, zur Unterstützung der UNAMSIL (United Nations Mission in Sierra Leone) Mission, um Zivilisten zu schützen, die von dem Frontverlauf des Bürgerkriegs eingeschlossen wurden. Nach Abschluss der Evakuierung und vom Erfolg der „Operation Palliser“ ermutigt, sprach sich der damalige Premierminister Tony Blair für weitere westliche Interventionen in Konfliktgebieten rund um den Globus aus¹³.

Dennoch hält die Geschichte einige kontroversere Beispiele für externe militärische Interventionen und ihre Konsequenzen bereit. Eine davon ist die 2011 von der NATO

geführte Intervention in den libyschen Bürgerkrieg. Mit der Umsetzung der Resolution des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen von 1973 zielte die Intervention auf einen sofortigen Waffenstillstand in Libyen, einschließlich der Beendigung der derzeitigen Angriffe auf die Zivilbevölkerung¹⁴. Die Kämpfe in Libyen endeten im Oktober nach dem Tod Muammar Gaddafis. Das NATO Mandat wurde anschließend erweitert. Nach Gaddafis Tod scheiterte Libyen jedoch nicht nur daran, sich in eine Demokratie zu entwickeln, sondern zerfiel zu einem *failed state*; Menschenrechtsverletzungen und Flüchtlingsströme aus Libyen nahmen zu. Einige Kritiker westlicher Interventionen suggerieren, dass Ressourcen – und nicht etwa demokratische oder humanitäre Angelegenheiten – die ausschlaggebenden Beweggründe für die Intervention gewesen seien¹⁵. Nach Ansicht einiger kritischer Stimmen wurde das Ergebnis der libyschen Intervention eher durch Zufall als durch Planung erzielt¹⁶.

Die verschiedenen Berichte früherer militärischer Interventionen führen zu der Frage nach der Wirksamkeit von ausländischen militärischen Interventionen in Bürgerkriegssituationen im Allgemeinen. Ein Großteil der empirischen Literatur deutet darauf hin, dass externe Interventionen dazu tendieren, die erwartete Dauer der Bürgerkriege zu verlängern¹⁷. Gleichzeitig ist es eben-

¹¹ International Coalition for the Responsibility to Protect, retrieved November 10, 2016 from: <http://www.responsibilitytoprotect.org/>

¹² Tharoor, S. (1995). The Changing Face of Peace-Keeping and Peace-Enforcement. Fordham International Law Journal. Vol. 19, Issue 2.

¹³ Renton, A. (2010). Sierra Leone: one place where Tony Blair remains an unquestioned hero. The Guardian. Retrieved November 10, 2016 from: <https://www.theguardian.com/world/2010/apr/18/sierra-leone-international-aid-blair>

¹⁴ United Nations Security Council, Resolution 1970 (Libya) S/RES/1970

¹⁵ Kuperman, A. J. (2015). Obama's Libya Debacle. Foreign Affairs. Retrieved November 10, 2016 from: <https://www.foreignaffairs.com/articles/libya/obamas-libya-debacle>

¹⁶ Ebd.

¹⁷ Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars, Binghamton University.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

so klar, dass das Versagen, effektiv an Orten wie Ruanda oder Tschetschenien zu intervenieren, schwerwiegende Konflikte noch weiter förderte.

Wirtschaftliche Interventionen

Die ökonomische Intervention ist ein Instrument internationaler Angelegenheiten, die wesentlich häufiger und unauffälliger als militärische Interventionen angewandt wird, aber dennoch zu den wichtigsten Handlungsansätzen gehört, die externe Parteien zur Bewältigung von Konflikten einsetzen können. Ausländische Wirtschaftsinterventionen können Instrumente des Zwangs (Wirtschaftssanktionen), Verlockung (Auslandshilfe) oder Handelspolitik umfassen. Ökonomischer Zwang – hier definiert als die Androhung eines Abbruchs der Handelsbeziehungen einer oder mehrerer Staaten mit dem sanktionierten Zielstaat, sofern dieser entsprechend formulierten Anforderungen nicht entspricht¹⁸ – kann Werkzeuge wie Embargos, Boykotte, Einstellung von Geldzahlungen und andere Handels- oder Wirtschaftsrestriktionen umfassen. Diese können bilateral oder multilateral sein. Diese Instrumente der ökonomischen Sanktionierung wurden schon lange sowohl von Liberalen wie auch Konservativen befürwortet, um einen fremden Staat zum Politikwechsel zu bewegen.

Ein besonderer Typ der ökonomischen Sanktionen sind die sogenannten *smart sanctions*, die sich gegen spezifische Bereiche der Wirtschaft oder gegen spezifische Personen des Ziellandes richten, um eine Übereinstimmung zu erzwingen, ohne dabei die gesamte Gesellschaft unnötigerweise zu

beeinträchtigen¹⁹. Man könnte argumentieren, dass wirtschaftliche Sanktionen, verglichen mit militärischer Intervention eher dazu dienen, Druck auszuüben, um das Verhalten eines anderen Staates zu beeinflussen und dessen Kooperationswillen zu fördern, statt ihn durch direkte Gewaltwirkung zum Einlenken zu zwingen²⁰. Besonders Instrumente der Außenhandelspolitik können auf zwingende Art und Weise angewendet werden, da das Fehlen von Handelsvorteilen aufgrund eines möglichen Abbruchs einer bestimmten Handelspolitik genutzt werden kann, um einen Akteur zu zwingen, in einer bestimmten Weise zu operieren²¹. Ähnlich wie die militärische Intervention, wird das Konzept des externen ökonomischen Zwangs kontrovers diskutiert. Ein Teil der wissenschaftlichen Literatur wendet sich gegen diesen Ansatz und argumentiert, dass dadurch höchstens ein Anstieg von Preisen für vom sanktionierten Staat benötigte Güter erreicht werden kann, was Schmuggel und Schwarzmarktaktivitäten begünstigt²². Weiterhin argumentiert diese Literatur für den sogenannten „*rally around the flag*“ Effekt, der suggeriert, dass die Bevölkerung eines Landes im Falle eines Angriffs von außen (sei er militärisch oder wirtschaftlich) normalerweise zu ihrem politischen Führer hält, ungeachtet dessen Le-

¹⁹ Friedman, U. (2012). Smart Sanctions: A Short History. Foreign Policy. Retrieved November 11, 2016 from: <http://foreignpolicy.com/2012/04/23/smart-sanctions-a-short-history/>

²⁰ Bratton, P. C. (2005). When is coercion successful? Naval War College Review, Vol. 58, No. 3.

²¹ Carnegie, A. (2013). Instruments of Coercion: International Institutions and the Sites of Power in International Relations. Princeton

²² Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars, Binghamton University

¹⁸ Drezner, D. W. (2002). The Hidden Hand of Economic Coercion. Chicago.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

gitimität oder des Ausmaßes an Tyrannei²³. Außerdem zeigt die Geschichte, dass ökonomischer Zwang sehr teuer für beide Seiten sein kann, sowohl für den Sender-Staat als auch den Zielstaat. Der Preis der Sanktionen der USA zum Beispiel beläuft sich auf einen Exportverlust von ca. 18 Milliarden US-Dollar im Jahr²⁴. Währenddessen kann der Schaden, der im Zielstaat verursacht wird, verheerend ausfallen, wie der Fall des Irak gezeigt hat.

Andererseits wählte die United Nations Security Council bereits zwölf Mal allein im letzten Jahrzehnt die wirtschaftlichen Sanktionen als Interventionsform. Somit bleibt ökonomischer Zwang eines der prominentesten Werkzeuge der Außenpolitik²⁵. Befürworter wirtschaftlichen Zwangs betonen, dass die Kosten Nutzen Abwägung sowohl für den Absender als auch für den Zielstaat Anreize schafft, bereits vor der Einführung eine Einigung zu erzielen²⁶.

Abseits wirtschaftlicher Sanktionen kann eine ökonomische Intervention auch die Form von Entwicklungshilfe annehmen, die auf einer freiwilligen und wohlgemeinten Abgabe von Ressourcen typischerweise, aber nicht notwendigerweise, von einem Staat zum anderen basiert. Obwohl Entwicklungshilfe als weniger schädlich und

zwingend charakterisiert wird, etabliert sie dennoch Strukturen, die ihre Hilfe an die Umsetzung gewisser Zielvorgaben knüpft. Diese Art der wirtschaftlichen Intervention könnte besonders interessant im Hinblick auf den Fall Südsudans sein, da es das einzige Land ist, das komplett abhängig von fremder Unterstützung ist²⁷.

Da wirtschaftliche Intervention das beliebteste Werkzeug externer Interventionen ist, bietet die Geschichte eine große Anzahl an erfolgreichen wie auch fehlgeschlagenen Beispielen. Die von den Vereinigten Staaten im Jahr 1986 verabschiedete Desinvestition in Südafrika ist ein Beispiel für einen erfolgreichen wirtschaftlichen Zwang, bei dem nicht nur das erklärte Ziel der Maßnahmen erreicht wurde, sondern auch nachweislich die Sanktionen einen maßgeblichen Beitrag zur Erreichung dieses Ziels leisteten, indem sie die südafrikanische Regierung zur Aufnahme von Verhandlungen zwangen, die letztlich zur Abschaffung des Apartheid-Systems beitrugen²⁸.

Ein weiteres Beispiel ist die Einschränkung der Entwicklungshilfe an Malawi durch die USA 1993 mit dem Ziel, demokratische Standards und die humanitäre Situation zu verbessern, welche die malawische Regierung zu Reformen bewegte²⁹. Demgegenüber steht der Fall des Irak, wo der Konsens vorherrscht, dass einer der fundamentalen Gründe für die schreckliche Lage des Landes

²³ Oneal J. R. & Bryan A. L. (1995). The Rally Around the Flag Effect in US Foreign Policy Crises. *Political Behaviour*. Vol 17, No. 4.

²⁴ Cyrus T., Elliott K., Hufbauer G. & Winston, E. (1997). *US Sanctions: Their Impact on Trade, Jobs, Wages*.

²⁵ Cortright, D. & Lopez, G. A. (2000). Learning from the Sanctions Decade. Retrieved November 14, 2016 from: <https://www.globalpolicy.org/security-council/49076-learning-from-the-sanctions-decade.html>

²⁶ Drezner, D. W. (2002). *The Hidden Hand of Economic Coercion*. Chicago.

²⁷ Central Intelligence Agency (n.d.). *The World Factbook*. Retrieved August 17, 2016 from <https://www.cia.gov/library/publications/the-world-factbook/geos/od.html>

²⁸ Taylor, A. (2014). 13 Times that economic sanctions really worked. *The Washington Post*. Retrieved November 14, 2016 from: <https://www.washingtonpost.com/news/worldviews/wp/2014/04/28/13-times-that-economic-sanctions-really-worked/>

²⁹ Ebd.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

nicht nur Husseins Brutalität ist, sondern vielmehr das umfassende Regime wirtschaftlicher Sanktionen, die das Land für fast 13 Jahre beeinträchtigten und Hunderttausende töteten, obwohl die wirklichen Auswirkungen unmöglich zu messen sind³⁰.

Im Falle des Südsudan sind bereits mehrere wirtschaftliche Sanktionen vorgesehen.

So veranlassten etwa die Vereinigten Staaten 2014 Vermögenssperrungen einiger Personen im Zusammenhang mit dem Südsudan. Erst vor kurzem hat der UN-Sicherheitsrat die Resolution 2290 (2016) gemäß Artikel VIII Kapitel VII der UNO bis zum 31. Mai 2017 neu aufgelegt und ein Paket von Sanktionen verhängt - darunter ein Reiseverbot und Vermögenseinfrierungen³¹.

Humanitäre Unterstützung

Im Gegensatz zu "humanitären Interventionen", die weitgehend im Zusammenhang mit militärischer Gewalt und Zwang stehen, umfassen humanitäre Hilfsmaßnahmen Interventionen, die ohne militärische Kraft unternommen werden, um Leben zu retten, das Leiden zu lindern und die Menschenwürde während und nach von Menschen verursachten Krisen und Naturkatastrophen innerhalb souveräner Grenzen zu bewahren und zu schützen³².

Normalerweise ist die humanitäre Hilfe auf einen kurzen Zeitraum begrenzt, um bedürftigen Menschen – darunter Heimatlosen und Geflüchteten sowie Opfern von Naturkatastrophen, Krieg und Hungersnöten – solange zu helfen, bis die Regierung oder andere Institutionen eine langfristige Strategie etablieren konnte. Humanitäre Hilfsinterventionen bestehen aus materieller oder logistischer Unterstützung, die zur Verfügung gestellt wird, um Leben zu retten, die menschliche Würde zu schützen und das Leid der Betroffenen zu verringern. Humanitäre Hilfsmissionen werden durch vier Schlüsselqualitäten charakterisiert. Menschlichkeit: Menschenleben zu schützen und menschliches Leid zu verringern. Unparteilichkeit: Handeln ohne jede Form von Diskriminierung von beteiligten Parteien oder Bevölkerungsgruppen. Neutralität: handeln, ohne eine bestimmte Konfliktpartei zu bevorzugen. Unabhängigkeit: Distanz zu politischen, ökonomischen oder militärischen Zielen³³.

Die Akteure, die an humanitären Hilfsmaßnahmen beteiligt sind, können von Einzelpersonen, Unternehmen, Regierungen oder Nichtregierungsorganisationen reichen, die die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen. Die Vereinten Nationen, die ihre Mittel aus dem Zentralen Notstandsfonds schöpfen und sich durch ihr Büro für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten (OCHA) organisieren, gehören zu den wichtigsten internationalen Akteuren der humanitären Hilfe. Neben dem wachsenden Bewusstsein für Menschenrechte und der Schutzverantwortung gewinnt die humanitäre Hilfe welt-

³⁰ Sanctions on Iraq. (2000) (1st ed.). Cambridge.

³¹ Security Council Renews Sanctions against South Sudan, Unanimously Adopting Resolution 2290 (2016). (2016). Retrieved from <http://www.un.org/press/en/2016/sc12382.doc.html>

³² Defining humanitarian assistance | Global Humanitarian Assistance. (2016). [Globalhumanitarianassistance.org](http://www.globalhumanitarianassistance.org). Retrieved 14 November 2016, from <http://www.globalhumanitarianassistance.org/data-guides/defining-humanitarian-aid/>

³³ Defining humanitarian assistance | Global Humanitarian Assistance. (2016). [Globalhumanitarianassistance.org](http://www.globalhumanitarianassistance.org). Retrieved 14 November 2016, from <http://www.globalhumanitarianassistance.org/data-guides/defining-humanitarian-aid/>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

weit mehr an Bedeutung. Im Mai 2016 fand in Istanbul der erste Weltgipfel für humanitäre Hilfe statt, der vom UN-Generalsekretär Ban Ki-moon initiiert wurde. Der Gipfel schloss Teilnehmer aus Regierungen, Organisationen der Zivilgesellschaft sowie von humanitären Krisen betroffenen Gruppen ein³⁴.

Die gegenwärtige Krise im Südsudan war auf diesem Weltgipfel für humanitäre Hilfe ein prominentes Thema.

Da der Südsudan eine der heftigsten Nahrungskrisen der Welt gegenübersteht, begleitet von einem wirtschaftlichen freien Fall, der Nahrungsmittel und Ölpreise rasant steigen lässt, benötigen aktuell mehr als 5.3 Millionen Menschen im Südsudan humanitäre Hilfe³⁵.

Der humanitäre Südsudan-Plan der OCHA fordert allein für 2016 1,3 Milliarden Dollar für 114 humanitäre Partner, um auf Schutzbedürfnisse und Unterstützung im Südsudan zu reagieren³⁶.

Diplomatie

Diplomatische Interventionen sind nicht-zwingende, gewaltfreie und unverbindliche Prozesse, in denen Dritte den Antagonisten

helfen, Frieden und Vertrauen aufzubauen, um letztlich ein Friedensabkommen zu unterzeichnen³⁷. Diese Interventionen bleiben ein integraler Part der Außenpolitik, besonders im Kontext großer politischer Instabilität und Bürgerkriege. Fehlschläge von diplomatischen Bemühungen führen häufig zur Einleitung von Zwangsmaßnahmen, wie sie weiter oben beschrieben wurden. Die Diplomatie als eine Form der ausländischen Intervention nimmt am häufigsten die Form von Verhandlungen, typischerweise zwischen zwei Nationalstaaten oder Vermittlung, ein, die auch für Akteure innerhalb eines einzigen Staates gelten können, wie etwa im Falle von Bürgerkriegen wie den im Südsudan. Obwohl die typischen Vertreter diplomatischer Interventionen staatliche Diplomaten sind, nehmen diplomatische Bemühungen von Nichtregierungsorganisationen zu³⁸. Da es sich bei diplomatischen Interventionen um die Verbesserung der Kommunikation zwischen den Antagonisten handelt, umfasst das Spektrum möglicher Akteure, die zu einer solchen Kommunikation beitragen, nicht nur Staaten, sondern auch internationale Organisationen, Nichtregierungsorganisationen oder Journalisten³⁹.

Der Ausbruch des Bürgerkriegs selbst zeigt die Schwierigkeiten, die die gegnerischen Parteien, in diesem Falle Salva Kiir und Riek Machar, bei der Lösung

³⁴ FORUM, A. (2016). AIDF Global Disaster Relief Summit 2016 - AID and INTERNATIONAL Development Forum. Aid-forum.org. Retrieved 14 November 2016, from <http://www.aidforum.org/events/event/aidf-global-disaster-relief-summit-2016>

³⁵ South Sudan - Humanitarian Aid and Civil Protection - European Commission. (2016). Humanitarian Aid and Civil Protection. Retrieved 14 November 2016, from http://ec.europa.eu/echo/where/sub-saharan-africa/south-sudan_en

³⁶ South Sudan 2016 Humanitarian Response Plan (January - December 2016). (2016). ReliefWeb. Retrieved 14 November 2016, from <http://reliefweb.int/report/south-sudan/south-sudan-2016-humanitarian-response-plan-january-december-2016>

³⁷ Fierke, K. M. (2005). Diplomatic Interventions – Conflict and Change in a Globalizing World. Palgrave Macmillan. Belfast.

³⁸ Kiel, C. (2014). Private Diplomats, Mediation Professionals, and Peace Activists: Can Non-governmental Actors Bring Peace to Civil Wars? University of New Orleans.

³⁹ Ebd.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

ihrer Differenzen am Verhandlungstisch haben.

Da im Falle des Südsudans vermittelnde Unterstützung durch Dritte fehlt, glauben beide Konfliktparteien, dass sie ihre Interessen erfolgreich durch Kämpfe verfolgen können. Diplomatische Interventionen können Unsicherheiten über die jeweilige Machtverteilung und die Präferenzen des Gegners reduzieren und mögliche Lösungsvorschläge einbringen⁴⁰. Auf diese Weise verändern diplomatische Interventionen die Kommunikationsstruktur zwischen den Kontrahenten.

Vermittlung durch Dritte wird von mehreren Experten internationaler Beziehungen befürwortet, da sie die Intentionen der verschiedenen Parteien transparenter machen und Angst reduzieren sowie ein Gefühl der Sicherheit bieten können. Solche Anstrengungen können auch zivilgesellschaftliche Initiativen als zusätzliche, der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehende diplomatische Instrumente umfassen, insbesondere, wenn es um den Umgang mit ethnischen Konflikten geht⁴¹.

Die Statistik beweist, dass die Diplomatie zunehmend als Instrument der Konfliktlösung genutzt wird. Zum Beispiel gab es allein 438 diplomatische Interventionen in 68 der 153 Konflikte zwischen 1945 und 1999⁴². Aufgrund der Schwierigkeiten, den tatsächlichen Erfolg von diplomatischen Interventionen zu messen, gibt es dennoch

akademische Kontroversen über die Effektivität solcher Vermittlungen.

Tatsächlich gibt es einige Beispiele diplomatischer Fehlschläge: in den 1990ern beispielsweise brauchte es drei separate Vereinbarungen – die Cotonou Vereinbarung 1993, die erste Abuja Vereinbarung 1995 und Abuja II 1996 – um 1997 schließlich den Anschein von Frieden nach Liberia zu bringen. Darüber hinaus waren die vermittelten Vereinbarungen im Abkommen von Arusha von 1993 in Ruanda nicht in der Lage, den anschließenden Völkermord zu verhindern. Andererseits bewerten einige Forscher wie Aydin & Regan (o.D.), dass diplomatische Interventionen, insbesondere im Vergleich zu militärischen oder wirtschaftlichen Interventionen, effektive Konfliktmanagementstrategien sind, die die Dauer eines Bürgerkrieges dramatisch verkürzen können⁴³.

Peace-Keeping

Peace-keeping Operations sind Eingriffe, um Bedingungen zu schaffen, die dauerhaften Frieden fördern. Im Gegensatz zu *peace-building* Missionen (siehe oben) benötigen diese Missionen die Zustimmung des Gastgeberstaates und gebrauchen keine militärischen Druckmittel, die über Selbstverteidigung hinausgehen⁴⁴. *Peace-keeping* kann verschiedene Formen annehmen, von Beobachtungsmissionen über *interpositional missions*, bis hin zu multidimensionalen

⁴⁰ Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars, Binghamton University.

⁴¹ Ebd.

⁴² Aydin A., Frank R. W. & Regan P. M. (n.d.) Diplomatic Interventions and Civil War: A New Dataset.

⁴³ Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars, Binghamton University.

⁴⁴ What is peacekeeping? United Nations Peacekeeping. (2016). Un.org. Retrieved 14 November 2016, from <http://www.un.org/en/peacekeeping/operations/peacekeeping.shtml>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

peace-keeping Interventionen⁴⁵. Beobachtungsmissionen überwachen Waffenstillstände, Truppenreduzierungen oder andere Bedingungen, die in einer früheren Vereinbarung ausgehandelt wurden. Solche Missionen sind unbewaffnet, da sie in erster Linie mit der Überwachung und der Berichterstattung der Situation im Konfliktgebiet betraut sind. *Interpositional peace-keeping* Interventionen hingegen bestehen aus leicht bewaffneten Kräften, die eine Pufferzone zwischen den Kontrahenten einrichten und deren Handlungen beobachten.

Multidimensionale Friedensmissionen schließlich haben ein breiteres Mandat, das über Beobachtung hinausgeht, indem versucht wird, umfassende Stützpunkte durch Wahlbeobachtung, Polizei- und Sicherheitsreformen, den Aufbau von Institutionen sowie wirtschaftliche Entwicklungsinitiativen und mehr zu ergänzen⁴⁶. Auf diese Weise unterstützen *peace-keeping* Interventionen ehemalige Kombattanten bei der Implementierung von Vereinbarungen und Verpflichtungen, die sie eingegangen sind.

Im Jahr 2011 hat der UN-Sicherheitsrat festgestellt, dass die Krise im Südsudan eine Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit darstellt. Daher wurde am 8. Juli 2011 die Mission der Vereinten Nationen in der Republik Südsudan (UNMISS) entsendet⁴⁷. Die UNMISS Mission, die mehrfach, zuletzt im August 2016, erneuert und ausgebaut wur-

de, beschäftigt nach wie vor rund 13.000 Soldaten und mehr als 2.000 zivile Polizisten im Südsudan⁴⁸. Das UNMISS Mandat priorisiert den Schutz von Zivilisten, Menschenrechtsbeobachtung und die Unterstützung der Versorgung durch humanitäre Unterstützung⁴⁹. Allerdings wird der Maßnahme vorgeworfen, ihr Ziel zu verfehlen, da sie nicht in der Lage ist, Gewalt zu verhindern und angemessenen Schutz im Land und in den Camps durchzusetzen.

Mögliche externe Akteure im südsudanesischen Bürgerkrieg

Da es eine Vielzahl an möglichen Interventionen im Südsudan gibt, gibt es auch ein breites Spektrum an Akteuren, die auf verschiedene Arten intervenieren könnten. Während die UN-Missionen die bekanntesten sind, gibt es viele andere mögliche Player im Bereich der externen Intervention, die im folgenden Kapitel vorgestellt werden. Da es viele mögliche Akteure in jedem Konflikt gibt, liegt der Fokus hier weiterhin auf dem Südsudan.

Vereinte Nationen (UN)

Die Vereinten Nationen, die größte internationale Organisation der Welt, wurde 1945 gegründet. Mit aktuell 193 Mitgliedsstaaten ist beinahe jede Nation der Welt Mitglied⁵⁰. Die UN besteht aus verschiedenen Organen, wie der Generalversammlung aller Mitgliedsstaaten, dem UN-Sicherheitsrat dem Internationalen Gerichtshof (IGH) und dem UN-

⁴⁵ Sullivan, E. (2016). Understanding the UN: Peacekeeping. The Borgen Project. Retrieved from <http://borgenproject.org/understanding-un-peacekeeping/>

⁴⁶ Ebd.

⁴⁷ United Nations Mission in the Republic of South Sudan (UNMISS). (2016). Un.org. Retrieved 14 November 2016, from <http://www.un.org/en/peacekeeping/missions/unmiss/>

⁴⁸ Facts and Figures. (2016). UNMISS. Retrieved 14 November 2016, from <http://unmiss.unmissions.org/facts-and-figures>

⁴⁹ Mandate. (2016). UNMISS. Retrieved 14 November 2016, from <http://unmiss.unmissions.org/mandate>

⁵⁰ Overview | United Nations. Un.org. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.un.org/en/sections/about-un/overview/index.html>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

Generalsekretariat. Die Ziele der UN sind in ihrer Gründungssatzung definiert. Als Hauptanliegen werden Weltfrieden, internationale Sicherheit, Gleichheit und nationale Souveränität aller Staaten, internationale Kooperation zur Lösung sozialer, kultureller und humanitärer Herausforderungen sowie die Förderung von Menschenrechten, *rule of law*, und Demokratie aufgeführt⁵¹.

Um diese Ziele zu verfolgen, hat die UN eine Vielzahl an Programmen und Suborganisationen, wie das *United Nation Development Programme (UNDP)*, *United Nations International Childrens Emergency Fund (UNICEF)*, *United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)*, *World Food Programme (WFP)* und den *International Monetary Fund (IMF)*, um nur einige zu nennen. Mit Zentralen in New York, Genf, Nairobi und Wien ist die UN weltweit vernetzt.

Ihre massiven Ressourcen im Hinblick auf politische Macht und Fachwissen sowie den sogenannten Blauhelmen, machen die UN zu einem Hauptakteur für mögliche Interventionen im Südsudan. Mit der Fähigkeit, schwere politische und wirtschaftliche Resolutionen gegen das Land zu erheben, sind die Vereinten Nationen in der Lage, sowohl wirtschaftliche als auch diplomatische Interventionen in den südsudanesischen Konflikt zu verabschieden. Basierend auf ihren verschiedenen Programmen und Suborganisationen im Bereich der humanitären Hilfe, sind die UN einer der Hauptakteure, um das Land bei der Bewältigung seiner ersten humanitären Krise zu unterstützen. Als Teil der *United Nations Mission in South Sudan (UNMISS)* sind die UN momentan dabei,

verschiedene Projekte wie *Relief, Reintegration and Protection (RCO-RRP)*, Kinderschutz und HIV, AIDS Unit durchzuführen.⁵²

Mit derzeit mehr als 13.000 uniformiertem Personal und etwa 2.500 Personen zivilem Stab ist die UNMISS Peace-Keeping Mission die drittgrößte andauernde Operation der Welt.

Das Ziel ist nicht nur, die südsudanesischen Regierung und die SPLA in der Konfliktprävention zu unterstützen, sondern auch Schutz für Leib und Leben von Zivilisten zu bieten und die Arbeit humanitärer Hilfsorganisationen aktiv zu unterstützen.

Afrikanische Union (AU)

Die Afrikanische Union (AU) ist die kontinental-internationale Organisation für Afrika. Sie besteht aus 54 Mitgliedsstaaten und wurde 1999 gegründet. Derzeit ist jede Nation auf dem Kontinent – mit Ausnahme Marokkos – Mitglied. Zu den Hauptanliegen der AU gehören, die Beseitigung von verbliebenen Spuren von Kolonialismus und Apartheid. Ebenso die Förderung von Einigkeit und Solidarität unter afrikanischen Staaten. Darüber hinaus die Koordinierung und intensivere Kooperation für Entwicklungsprozesse sowie die Festigung der Souveränität und territorialen Integrität von Mitgliedsstaaten und die Förderung internationaler Kooperation im Rahmen der Vereinten Nationen⁵³. Mit ihrer Zentrale in Addis Abeba (Äthiopien) besteht die interne Struktur der AU aus verschiedenen Orga-

⁵² Mandate. (2016). UNMISS. Retrieved 14 November 2016, from <http://unmiss.unmissions.org/mandate>

⁵³ AU in a Nutshell | African Union. (2016). Au.int. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.au.int/en/about/nutshell>

⁵¹ Overview | United Nations. Un.org. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.un.org/en/sections/about-un/overview/index.html>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

nen, die sich am Modell der UN orientieren. Die wichtigsten Organe sind die *Assembly*, der *Executive Council*, die *Commission* und der *Peace and Security Council (PSC)* sowie das panafrikanische Parlament.

Die Afrikanische Union ist die erste internationale Organisation, deren Gründungsvertrag das Recht auf eine militärische Intervention aufgrund einer humanitären Krise beinhaltet. Daher kann der Friedens- und Sicherheitsrat Resolutionen für militärische Interventionen sowie Friedenssicherungsmissionen einleiten, die von den *African Standby Forces* durchgeführt werden, einem kontinentalen Zusammenschluss militärischer und ziviler Einheiten⁵⁴. Da es noch immer keinen nachhaltigen Frieden im Südsudan gibt und mehr als eine Millionen Menschen auf der Flucht sowie 5.3 Millionen von humanitärer Unterstützung abhängig sind, ist die AU ein wichtiger Akteur für eine mögliche militärische oder *peace-keeping* Mission im Südsudan.

Als kontinentales Netzwerk hat die Versammlung der Afrikanischen Union die Befugnis, wirtschaftliche Sanktionen gegen Mitgliedsstaaten, die gegen das Völkerrecht und die Agenda der AU verstoßen, zu erlassen⁵⁵. Dies schafft eine Basis für mögliche wirtschaftliche Interventionen in den Südsudan. Darüber hinaus ist die AU in der Lage, den Friedens- und *state-building* Prozess im Land zu unterstützen, indem sie

diplomatische Treffen ausübt und als Vermittler fungiert.⁵⁶

Die Europäische Union (EU)

Die Europäische Union ist eine sowohl wirtschaftliche als auch politische kontinentale Union mit derzeit 28 Mitgliedsstaaten. Seit ihrer Gründung 1958 ist die EU zu einem Schlüsselakteur im Bereich globaler Ökonomie und diplomatischer Beziehungen geworden.⁵⁷ Mit der Delegation der Europäischen Union im Südsudan ist die EU im Land mit mehreren humanitären Hilfstätigkeiten präsent. Die EU finanziert mehr als 40% der humanitären Hilfsprogramme im Land, was sie zum wichtigsten Akteur im Bereich der humanitären Hilfe im Südsudan macht.⁵⁸

Als einer der drei größten Geldgeber nimmt die EU darüber hinaus eine Hauptrolle im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ein.

Das macht die Europäische Union zu einem Schlüsselakteur für mögliche wirtschaftliche Interventionen, da sie in der Lage ist, ihre aktuelle Unterstützung als politisches Druckmittel zu nutzen, um eine friedliche Lösung im Südsudan herbeizuführen. Mit ihrem Know-how in der internationalen Diplomatie könnte die EU auch eine wichtige Rolle als Mediator im Konflikt des Landes spielen. Als unabhängiger Akteur bewies die

⁵⁴ Schmidt, S. (2005). Prinzipien, Ziele und Institutionen der Afrikanischen Union | bpb. Bpb.de. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.bpb.de/internationales/afrika/afrika/59006/afrikanische-union?p=all>

⁵⁵ The Assembly | African Union. Au.int. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.au.int/en/organs/assembly>

⁵⁶ Assembly/AU/ Dec .605 - 620 (XXVII). Kigali, Ruanda: Assembly of the Union, African Union, 2016. Print.

⁵⁷ How the European Union works. (2014) (1st ed., pp. 3-9). Brussels.

⁵⁸ European Commission. (2016). South Sudan Crisis. European Commission. Retrieved from http://ec.europa.eu/echo/files/aid/countries/factsheets/south-sudan_en.pdf

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

Europäische Union ihre Vermittlungsfähigkeiten, indem sie zwischen den verschiedenen Parteien des Iran-Atomprogramms vermittelte, die zu dem gemeinsamen Gesamtaktionsplan führte. Folglich könnte die EU ein wichtiger Player für eine diplomatische Lösung im Südsudan sein.⁵⁹

Drittstaaten

Obwohl theoretisch jeder Drittstaat im Südsudan intervenieren kann, wird sich dieser Abschnitt auf die Nachbarstaaten Uganda und Sudan beschränken, da diese eine Schlüsselrolle im Konflikt spielen.

Während des Zweiten Sudanesischen Bürgerkriegs manifestierte sich eine lange Rivalität zwischen der Regierung in Khartum und Kampala, als die *National Resistance Army (NRA)* unter Yoweri Museveni mit der Sudan *People's Liberation Movement/Army (SPLM/A)* kooperierte. Als Reaktion darauf begann die Regierung des Sudan, Rebellengruppen im Norden Ugandas zu bewaffnen und zu trainieren, wie zum Beispiel die *Lord's Resistance Army (LRA)*. Während die Wirtschaft des Sudan unter der Unabhängigkeit des Südsudans leidet, interessiert sich Ersterer vor allem für die Ölvorkommen im Südsudan⁶⁰.

Uganda auf der anderen Seite hat ein großes Interesse daran, Südsudans wichtigster Handelspartner zu werden. Während der geschätzte offizielle Export von Uganda in

den Südsudan im Zeitraum von 2005 bis 2008 von 50.5 Millionen USD auf 245.9 Millionen USD angestiegen ist, sind informelle Exporte von 9.1 Millionen USD auf 929.9 Millionen USD expandiert. Dies hat immense Auswirkungen auf die Wirtschaft Ugandas und stärkt daher den Drang der Museveni-Regierung, die Macht für strategische Entscheidungen in Juba zu erlangen⁶¹. Aus diesem Grund könnte jede Art von Intervention zu einem Interessenkonflikt anstelle einer friedlichen Lösung für den Bürgerkrieg des Südsudans führen. Ausgenommen davon sind die von diesen Ländern beigesteuerten humanitären Hilfen und diplomatischen Initiativen.

Dennoch sind die benachbarten Länder Schlüsselakteure für eine diplomatische Lösung, da sie bereits verschiedene Vermittlungstreffen in ihren Hauptstädten abgehalten. Außerdem sind sie durch Kultur und gemeinsames Erbe stark mit dem Konfliktstaat verbunden.

Internationale Firmen

Da eine Vielzahl verschiedener internationaler Firmen in der Region tätig ist, können auch diese aktiv werden. Entweder durch die Implementierung wirtschaftlicher Interventionen, oder durch humanitäre Hilfe für die Bevölkerung des Südsudan, beispielsweise durch die Versorgung mit Gütern und Ressourcen, um die derzeitige humanitäre Situation zu verbessern. Indem Handelsbeziehungen mit dem Südsudan vermieden werden, vor allem in Bezug auf die Ölreserven des Staates, haben internationale Unternehmen die Macht, die Haupteinnahme-

⁵⁹ Mogherini, F. & Zarif, J. (2015). Joint Statement by EU High Representative Federica Mogherini and Iranian Foreign Minister Javad Zarif Switzerland. Brussels: European External Action Service.

⁶⁰ Copeland, C. & Taylor, M. (2016). From Conflict to Cooperation? Sudan, South Sudan and Uganda | Crisis Group. Blog.crisisgroup.org. Retrieved 17 November 2016, from <http://blog.crisisgroup.org/worldwide/2016/06/20/from-conflict-to-cooperation-sudan-south-sudan-and-uganda/>

⁶¹ Nicolaisen, F., Sagmo, T., & Rolandsen, Ø. (2015). South Sudan – Uganda Relations - ACCORD. ACCORD. Retrieved 17 November 2016, from <http://www.accord.org.za/conflict-trends/south-sudan-uganda-relations/>

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

quelle zu begrenzen, die diesen Krieg finanziert.

NGOs und Stiftungen

Nichtregierungsorganisationen (NGOs) sind die Hauptakteure, wenn es darum geht, humanitäre Hilfe zu den Bürgern des vom Bürgerkrieg zerrütteten Landes zu bringen.

Indem sie unabhängig von Staaten und internationalen Regierungsorganisationen sind, spielen NGOs und Stiftungen eine führende Rolle bei der Förderung des staatlichen Aufbaus und des nachhaltigen Friedens im Südsudan.

Aufgrund der unüberschaubaren und unvorhersehbaren Situation im Land, sind derzeit nur einige wenige religiöse und nichtreligiöse Hilfsorganisationen, wie etwa *Médecins Sans Frontières (MSF)* tätig, die immer noch humanitäre Hilfe für die leidende Bevölkerung liefern.

Wegen der politischen Unabhängigkeit von NGOs und Stiftungen ist die Akzeptanz der Gastregierung deutlich größer als für fremdstaatliche Bestrebungen. Dies gilt ebenso für die südsudanesischen Bevölkerung.

Durch den Einsatz vor Ort können politische Stiftungen wie die Konrad-Adenauer-Stiftung den Friedensprozess durch diplomatische Anstrengungen unterstützen, etwa durch Förderung der Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit sowie Unterstützung des Dialogs und der Zivilgesellschaft. Während andere Akteure eine Konfliktlösung auf Regierungsebene anstreben, können politische Stiftungen Friedens- und Staatsaufbauprozesse auf lokaler Ebene mit initiieren und Plattformen für Dialog, Konsensfindung und *nation-building* fördern.

Taking Action – zukünftige Schritte

Nach der Untersuchung der verschiedenen Interventionsformen, die der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen, sowie der verschiedenen Akteure, die diesbezüglich handeln könnten, stellt sich die Frage, welche Auswirkungen diese Erkenntnisse auf den besonderen Fall des Südsudans und seinen aktuellen Bürgerkrieg haben. Zuerst steht die Frage, sollte die internationale Gemeinschaft überhaupt in den südsudanesischen Bürgerkrieg eingreifen? Wie zuvor erwähnt, sind einige Forscher und Politiker der Meinung, man solle die Konfliktparteien kämpfen lassen, damit sich ihre Ressourcen erschöpfen und der Anreiz, den Konflikt eigenständig beizulegen, groß genug wird. Dennoch, das humanitäre Desaster dieses Ansatzes könnten fatal ausfallen, wenn man die erschreckenden Zahlen von Tod und Krankheit berücksichtigt, unter denen die südsudanesischen Bevölkerung leidet.

Der im September 2016 veröffentlichte *Sentry Report* über den Südsudan formuliert ein wichtiges Argument für die Intervention. Gemäß diesem Dokument wird sich der Konflikt nicht in naher Zukunft auflösen. Jene, die in der Lage wären, den Krieg zu beenden, haben kaum Interesse daran. Tatsächlich profitieren sie von dem Konflikt. Auch wenn die finale Kriegsursache ein Zerwürfnis zwischen den Politikern des Landes (Präsident Salva Kiir und dem stellvertretenden Vizepräsidenten Riek Machar) war, stellt der *Sentry Report* fest, dass der wahre Katalysator des Bürgerkrieges der Wettkampf um den Hauptgewinn – staatliche Vermögenswerte und die reichhaltigen

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

natürlichen Ressourcen des Landes – ist⁶². Die politischen Führer des Südsudan „manipulieren und nutzen ethnische Teilungen, um Unterstützung für einen Konflikt zu gewinnen, der nur den obersten Führern dieser beiden kleptokratischen Netzwerke dient“⁶³. Der Bericht liefert eindeutige Beweise für die Verknüpfung zwischen systemischer Korruption und gewaltsamen Konflikten. Daher wird eine Verringerung des massiven menschlichen Leidens im Südsudan nicht möglich sein, wenn das Land seinem eigenen Schicksal überlassen bleibt. Tatsächlich ist eine ausländische Intervention mehr als notwendig, um Konsequenzen für dieses Verhalten zu verhängen.

Das Land hat keine Möglichkeiten mehr, sich selbst zu retten; es muss vor sich selbst gerettet werden.

Nach einer Überprüfung der Voraussetzungen für erfolgreiches militärisches Eingreifen und der bisherigen Ergebnisse dieser Aktionen scheint jedoch eine ausländische militärische Intervention durch Dritte, insbesondere durch die Nachbarstaaten, keine erwägenswerte Option zu sein. Das ist keineswegs mit dem Argument staatlicher Souveränität verbunden, denn man könnte argumentieren, dass die südsudanesisische Regierung aufgrund der Unfähigkeit, ihre Bürger vor massenhaftem Leid zu schützen, ihre Legitimität verloren hat. Das erneute Kämpfen und der Anstieg des menschlichen Leidens sind Zeichen des tiefen Verfalls des bestehenden politischen Systems. Staatliche Souveränität ist kein gegebenes Recht; es ist ein Rechtsstatus, der durch den Schutz

der Bürger und durch die Wahrung des Völkerrechts und der Menschenrechte erworben werden muss. Es ist eher unwahrscheinlich, dass eine ausländische Militärintervention im Südsudan tatsächlich zu einem Friedensprozess beiträgt. Empirische Daten deuten darauf hin, dass externe militärische Interventionen dazu neigen, die erwartete Dauer von Bürgerkriegen zu verlängern⁶⁴. Dies gilt insbesondere für ethnische Konflikte wie im Südsudan, wo die Kämpfe zwischen den Menschen vor Ort stattfinden.

Tatsächlich haben Äthiopien, Kenia, Ruanda, Sudan und Uganda die Absicht geäußert, eine militärische Interventionskraft zu bilden, um die Unruhen zu beenden. Die Eigeninteressen dieser Nachbarländer sind jedoch zu groß, um einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten⁶⁵. Das Risiko der Parteilergreifung und der Manipulation des Konflikts aus Eigeninteresse ist zu hoch. Als Uganda beispielsweise kurz nach dem Ausbruch der Gewalt im Südsudan am 15. Dezember 2013 die *Ugandan People's Defense Forces (UPDF)* mobilisiert hat, waren viele der Ansicht, dass dies ein Versuch Musevenis sei, politischen Einfluss im Südsudan zu gewinnen⁶⁶. Angeblich misstraue Museveni dem *SPLM-IO* Führer Riek Machar derart, dass er jede Verhandlungslösung unterbinde. Darüber hinaus sei die Intervention eine

⁶⁴ Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) *Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars*, Binghamton University

⁶⁵ South Sudan rejects African Union military intervention. (2016). News. Retrieved 14 November 2016, from <http://www.sbs.com.au/news/article/2016/07/21/south-sudan-rejects-african-union-military-intervention>

⁶⁶ Nicholaisen, F. (2016). The Cost of Uganda's Military Intervention in South Sudan. PRIO Blogs. Retrieved from <http://blogs.prio.org/MonitoringSouthSudan/2015/05/looming-proxy-war-the-cost-of-ugandas-military-intervention-in-south-sudan/>

⁶² The Sentry. (2016). War Crimes Shouldn't Pay - Stopping the looting and destruction of South Sudan September 2016.

⁶³ Ebd.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

List, um starke Generäle im Ausland zu beschäftigen. Der Präsident und seine Familie profitierten direkt von Verträgen, die den Einsatz unterstützten⁶⁷. Ähnliche konspirative Stimmen sind auch über die anderen Nachbarstaaten des Südsudan zu hören. Eine regionale militärische Intervention könnte niemals eine dauerhafte Lösung sein, ohne ein förderliches Umfeld für einen erfolgreichen Übergang und eine langfristige Stabilität zu schaffen.

Was ist mit der UN-Peacekeeping Mission, die bereits im Südsudan stationiert ist?

Wie bereits erwähnt, können die mehr als 13.000 im Bürgerkrieg stationierten Kräfte nicht als militärische Intervention eingestuft werden, da ihr Mandat es ihnen nicht erlaubt, ihre Kräfte offensiv einzusetzen. Dieses eingeschränkte Mandat verhinderte ein Einschreiten der UNMISS, um die südsudanesischen Zivilbevölkerung vor schweren Menschenrechtsverletzungen zu schützen, darunter Mord, Einschüchterung, sexuelle Gewalt und Handlungen, die auf Folter hinauslaufen und welche von aktiven Regierungssoldaten begangen wurden⁶⁸. In ihrer derzeitigen Form ist UNMISS ein zahnloser Tiger. Um effektiv handeln zu können, muss das UNMISS Mandat abgeändert und deutlich robuster werden – inklusive der Möglichkeit, Gewalt anzuwenden, wenn nötig. Tatsächlich muss die UN *peace-keeping* Mission zu einer *peace-building* Mission ab-

geändert werden, da im Südsudan derzeit schlichtweg kein Frieden existiert, den man bewahren könnte.

Was die ökonomischen Interventionen angeht, so sind einige bereits implementiert, wie etwa die Konto-Sperrungen bestimmter Einzelpersonen. Allerdings haben die bisherigen wirtschaftlichen Maßnahmen nicht die Anreize der Staats- und Regierungschefs von Gewalt und Korruption in Richtung Frieden und Transparenz verschoben. Die Einstellung ausländischer Hilfe oder die Verhängung vollständiger Handelsembargos über den Südsudan ist nicht die richtige Option, denn das Land leidet ohnehin unter einer der schlimmsten Hungerkrisen der Welt. Historisch betrachtet haben Diktatoren den Schaden, der durch Sanktionen verursacht wurde, oftmals auf diejenigen umgeleitet, die ihn am wenigsten tragen können. Vielmehr muss die internationale Gemeinschaft Maßnahmen ergreifen, um ihre Kosten-Nutzen-Analyse zu verlagern, indem sie ernsthaftere Konsequenzen für die richtigen Adressaten verursacht.

Gegenwärtige Sanktionen zielen weder auf die Spitze der Entscheidungskette noch auf internationale Vermittler⁶⁹.

Durchdachte Sanktionen müssen in einem breiteren Spektrum eingeführt und gegen *high impact* Ziele gerichtet werden. Darüber hinaus ist ein stärkeres Engagement der Nachbarn Südsudans, zur Bekämpfung der Geldwäsche von aus dem Südsudan geplünderten Vermögenswerten erforderlich; ein Großteil dieses Vermögens ist in Kenia, Uganda und Äthiopien angesiedelt. Diese

⁶⁷ Nicholaisen, F. (2016). The Cost of Uganda's Military Intervention in South Sudan. PRIO Blogs. Retrieved from <http://blogs.prio.org/MonitoringSouthSudan/2015/05/looming-proxy-war-the-cost-of-ugandas-military-intervention-in-south-sudan/>

⁶⁸ Wintour, P. (2016). UN Fails to Protect Civilians in South Sudan, Report Finds. The Guardian. Retrieved from <https://www.theguardian.com/world/2016/nov/01/un-failed-to-protect-civilians-in-south-sudan-report-finds>

⁶⁹ The Sentry. (2016). War Crimes Shouldn't Pay - Stopping the looting and destruction of South Sudan September 2016.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

Länder sollten deshalb damit beginnen, diese Vermögenswerte und Geldströme zu beschlagnahmen und einzufrieren, um die Verantwortlichen für die fortgesetzte Gewalt und die finanzielle Korruption in Verantwortung zu ziehen⁷⁰. Weiterhin müssen internationale Geber von ihrem Einfluss Gebrauch machen, um auf bessere Übersicht und Transparenz im Umgang mit Gebergeldern zu bestehen. Kriegsverbrechen im Südsudan sollten sich nicht auszahlen, so der *Sentry Report*⁷¹.

Dennoch, ohne diplomatische Annäherung können weder eine effektivere *peace-keeping* Mission noch durchdachte wirtschaftliche Sanktionen den Konflikt im Südsudan nachhaltig lösen. Alle Optionen berücksichtigend, die der Internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen, erscheint Diplomatie als die vielversprechendste. Für die Dauer eines Bürgerkriegs im Allgemeinen sind die Informationen, die die jeweiligen Bürgerkriegsparteien haben, eine sehr kritische Komponente für die Beilegung ihres Konflikts.

Dritte Parteien können dazu beitragen, Informationen über die Ressourcen, Erwartungen und Profite der Parteien offen zu legen.

Ein externer Akteur kann folglich aufgrund der Unfähigkeit der Kontrahenten, eine für beide Parteien akzeptable Lösung zu finden, eine zentrale Rolle in einer friedlichen Beilegung einnehmen. Diplomatische Interventionen können den Konfliktparteien helfen,

zuverlässige Verpflichtungen einzugehen, ohne sich angreifbar zu machen. Mittels der Veränderung der Informationsstruktur, die Bürgerkriegsparteien haben, können diplomatische Interventionen die Dauer eines Konflikts verringern. Dies steht im Gegensatz zu anderen Arten von Interventionen, die nur das strukturelle Gleichgewicht der Ressourcen verändern. So etwa militärische Interventionen, die eher die Gewalt verlängern, weil sie den Gegnern nicht helfen, ihr Misstrauen und Fehlwahrnehmungen zu überwinden⁷².

In dieser Hinsicht erweist sich die Diplomatie im nicht herkömmlichen Sinne als besonders relevant, die über staatliche Diplomaten und internationale Verhandlungen hinausgeht. Möglicherweise waren internationale Interventionen und besonders die uns bekannten diplomatischen Bemühungen nicht in der Lage, mit den Veränderungen in der Kriegsführung des 21. Jahrhunderts Schritt zu halten. Die diplomatischen Bemühungen, die im südsudanesischen Bürgerkrieg durchgeführt wurden, haben bislang nur ein erwähnenswertes Ergebnis hervorgebracht: das Abkommen über die Entschließung des Konflikts im Südsudan (ACRISS). Letzteres hat jedoch nur die beiden Hauptparteien zusammengebracht, konkret auf die zwei Persönlichkeiten Salva Kiir und Riek Machar. Darüber hinaus wurde die Vereinbarung nicht ordentlich verfolgt. Direkt nach dem Ergebnis hat die Internationale Gemeinschaft, und im Besonderen IGAD als Hauptmediator des Friedensvertrags darin versagt, die Vereinbarung zu

⁷⁰ The Sentry. (2016). War Crimes Shouldn't Pay - Stopping the looting and destruction of South Sudan September 2016.

⁷¹ Ebd.

⁷² Aydin, A. & Regan, P. (n.d.) Diplomacy and other Forms of Intervention in Civil Wars, Binghamton University.

UGANDA

LEONIE STAAS
MARIUS HUPPERICH

ÜBERSETZT VON
JAKOB EDENFELD

November 2016

www.kas.de/Uganda/en

sichern und durchzusetzen. Dies lässt die Forderung nach einem Überdenken der traditionellen Vorstellung von Diplomatie als Form der Fremdintervention laut werden.

Moderne Bürgerkriege – und besonders der im Südsudan – sind weitaus komplexer, als dass man sie auf zwei Persönlichkeiten reduzieren könnte. Um einen Friedensvertrag aushandeln zu können, müssen alle relevanten Parteien eingebunden werden, inklusive der Nachbarstaaten Äthiopien, Kenia oder Uganda. Der wohl wichtigste Kritikpunkt ist derjenige, dass nur aufgrund ihres fehlenden Gewaltpotenzials wichtige zivile und nichtstaatliche Akteure, die von den Verhandlungen betroffen sind, ausgeschlossen wurden. Wo sind die südsudanesischen Frauen in den Friedensbemühungen vertreten? Was ist mit den Kindern, den Jugendlichen, den Alten?

Einen Staat auf der Regierungsebene zu reparieren wird niemals möglich sein, ohne ihn auch am Boden zu reparieren. Genau dort haben die nichttraditionellen Akteure der Diplomatie das größte Potenzial.

Die Beteiligung nichtstaatlicher Akteure wie NGOs, akademischen Gruppen oder religiösen Institutionen in diplomatischen Bemühungen des Konfliktmanagements steigt, besonders dort, wo offizielle Vermittlung auf taube Ohren stößt. Diese Initiative der Akteure muss zunehmend aktiv werden, um im Südsudan zu vermitteln, da ihr Handeln helfen kann, Feindschaften zu beenden, Frieden zu verhandeln und zur Aussöhnung beizutragen. Als politische nicht profitorientierte Stiftung fällt die Konrad-Adenauer-Stiftung genau in diesen Verantwortungsbereich. Ihre Herangehensweisen reichen von der Vermittlung von Friedensverhandlungen auf dem Boden über Friedensbildung für Kinder und Jugendliche bis hin zu Angebo-

ten im Medientraining oder Arbeitsgruppen mit Vertretern aus Regierungs- und Rebellenkreisen zu initiieren.

Die weit verbreitete Betrachtung vermeintlicher relativer Machtlosigkeit nichtstaatlicher Organisationen bei der Vermittlung des südsudanesischen Bürgerkrieges ist falsch. Nichtstaatliche Akteure können wesentlich zur Lösung des Konflikts beitragen. Nichtstaatliche Akteure haben die Kapazitäten, nachhaltigen Frieden aufzubauen. Sie können helfen, das gegenseitige Misstrauen der Konfliktparteien abzubauen und schließlich zum *nation-building* Prozess im Südsudan beitragen.